



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Deutschfreisinnigen während der Regierungszeit Kaiser Friedrichs.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Deutschfreisinnigen während der Regierungszeit Kaiser Friedrichs.



Als Kaiser Wilhelm der Erste noch auf der Bahre lag, ließen bereits die Nachtvögel aller Art ihre krächzenden Stimmen hören. So schrieb das Bairische Vaterland: „Wir glauben, daß der Augenblick nahe ist, wo gewisse deutsche Bundesstaaten ihre ehemalige Selbständigkeit wieder gewinnen werden.“ Wie wollte man es da den Pariser Blättern verargen, wenn sie bereits ein Wiedererwachen des Partikularismus sahen und die Hoffnung hegten, unter Kaiser Friedrich, der selbst ein Gegner der Abtrennung von Elsaß-Lothringen von Frankreich gewesen sei, werde die Wiedergewinnung bald und leicht vor sich gehen!

Es wäre merkwürdig gewesen, wenn sich in diesem Chorus nicht gleich von Anfang an auch die Stimme des „Fortschritts“ bemerklich gemacht hätte. Und richtig, die Volkszeitung fing gleich in derselben Nummer, in der sie den Tod des Kaisers meldete, im zweiten Blatte zu kreischen an. Puttkamer hatte als Vizepräsident des Ministeriums die Mitteilung an den preußischen Landtag über den Tod des Kaisers gemacht, worin er am Schlusse sagte, daß, je tiefer der allgemeine Schmerz über den Hintritt des unvergeßlichen Königs sei, umso fester und unzerreißbarer sich das Band erweisen werde, welches Preußens Herrscherhaus und Preußens Volk in guten und bösen Tagen verbinde. Bei den letzten Worten konnte kein wohlmeinender Hörer an etwas andres denken als an den neuen Herrn und König Friedrich. Aber mag es immerhin ein Versehen gewesen sein, daß der Minister das *vive le roi* nicht ausdrücklich aussprach, so war das Versehen verständlich genug bei einem Redner, der vom tiefsten Schmerz über den Hingang dessen erfüllt war, der in Wahrheit der

Vater des Vaterlandes gewesen war. Diesen Grund konnten freilich die nicht verstehen, denen die Abschiedsstunde des großen Kaisers keine Trauerstunde gewesen war. Sofort klagten die Liberale Korrespondenz und die Volkszeitung Puttkamer an, daß er die Pflicht verletzt habe, die „monarchische Tradition vor dem Lande und vor Europa anzuerkennen.“ Es war, als ob sich die deutsche Welt plötzlich auf den Kopf gestellt hätte, die Minister Republikaner und die Demokraten Königsverteidiger geworden wären! Es sollte „peinliches Aufsehen im Abgeordnetenhanse erregt haben, den Übergang der Krone Preußens auf den bisherigen Kronprinzen Friedrich nicht zu erwähnen.“ Das peinliche Aufsehen fand sich nur bei den Herren Fortschrittlern, die Stoff zu einer Demonstration gesucht hatten. Derselbe Artikel erzählte denn auch: „In Abgeordnetenkreisen [d. h. bei den Deutschfreisinnigen] wurde sofort die Frage aufgeworfen, was zu thun sei, wenn etwa im Reichstage in gleicher Weise verfahren werden sollte. Für diesen Fall war die Rede davon, ein Hoch auf Kaiser Friedrich III. auszubringen.“ Der Reichskanzler that ihnen nun freilich nicht den Gefallen, der das Hoch ermöglicht hätte, man sah aber, wie selbst der Heimgang des großen Kaisers von diesen Patrioten vorwiegend unter dem Gesichtspunkte des Parteiinteresses betrachtet wurde. Niemand konnte es freilich anders von ihnen erwarten, der die Geschichte dieser Partei kennt. Nimmt doch nach dem oft wiederholten Urteil der fortschrittlichen Blätter das deutsche Reich „den niedrigsten sittlichen und freiheitlichen Stand unter den zivilisirten Nationen“ ein. Eine dieser zivilisirten Nationen, Italien, erklärte durch die Sprache der das Freiheitsbanner, aber auch die patriotische Fahne hoch haltenden Riforma beim Tode Kaiser Wilhelms: „Das durch die Hohenzollern geeinigte Deutschland und das durch das Haus von Savoyen geeinigte Italien vertreten in der Welt die Freiheit des Geistes und die Unabhängigkeit der Nationen. Daher müssen beide über den Tod Kaiser Wilhelms zusammen weinen und zusammen ruhig der Zukunft entgegengehen.“

Wie die Fortschrittler bei uns der Zukunft entgegenzugehen gedachten, davon bekam man einen Begriff, wenn man sich die Folgerungen ansah, die sie aus dem ersten Erlaß Kaiser Friedrichs zogen, dem Erlaß aus San Remo: „Hinsichtlich der bisher üblich gewesenen Landestrauer wollen Wir keine Bestimmungen treffen, vielmehr es einem jeden Deutschen selbst überlassen“ u. s. w. Dazu sagte die Volkszeitung: „Dieses erste Wort Kaiser Friedrichs an sein Volk ist ganz dazu angethan, freudige Genugthuung und Hoffnung zu erwecken; denn der neue Kaiser bricht dadurch mit einem alten Brauche, von dem der Bruch mehr ehrt als die Gewöhnung.“ Sie sieht den neuen Kaiser mit ähnlichen Vorläufen die Regierung antreten wie Kaiser Josef den Zweiten. Die Berliner Zeitung schrieb sogar: „Wir mußten diesen Passus [daß es jedem überlassen bleibe, seiner Betrübniß nach seiner Weise einen passenden Ausdruck zu geben] drei, vier, fünf mal lesen, ehe wir es erfaßten, daß noch je einmal irgend etwas

in unsern Willen gestellt werden könnte." Der Erlaß dünkt ihr darum als ein „Märchen.“ „Wir sollen einmal selbst denken, selbst entscheiden, was uns ziemt, was sich gebührt! . . . Das deutsche Volk wird sehr bald durch sein Verhalten . . . sich als reif für die Erteilung fernerer, wichtigerer Rechte, für die Bethätigung des freien Willens in höhern Beziehungen legitimirt haben.“ In dieser unreifen, schülerhaften Tonart erging sich die Lobeshymne derer, die sich jetzt dem Kaiser als Helfer anboten. Zu der Unreife kam sehr bald, wie es unvermeidlich war, die Pöbelhaftigkeit. Der rohste Patron des Fortschritts gab wenige Tage nach dem Tode des Kaisers Wilhelm, als dieser eben erst im Dome aufgebahrt war, die Parole aus: „Bildet freisinnige Vereine im Lande!“ und wies auf die Möglichkeit einer alsbaldigen Auflösung des Reichstags hin.

Kann man im Hinblick auf die Wirkung, die der Erlaß von San Remo hatte, über seine Güte zweifelhaft sein, so werden dagegen die beiden Proklamationen des Kaisers und Königs Friedrich ewig denkwürdige Zeugnisse eines weisen und kraftvollen Herrschergeistes bleiben. Beide Schriftstücke, die Proklamation „An mein Volk“ und die „An den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums,“ zeichnen sich durch die Kraft einer edeln Sprache und durch Präzision der Gedanken aus; sie treffen alle Bedürfnisse der deutschen Nation und des preussischen Volkes in richtiger Schätzung. Am bemerkenswertesten war an ihnen, daß sie der geschichtlichen Wahrheit die Ehre geben. In der Proklamation „An mein Volk“ erinnerte der Kaiser daran, daß die Neubegründung des Vaterlandes die Frucht der ausdauernden Arbeit von Preußens Volk und Fürsten ist, daß König Wilhelm durch das preussische Heer den sichern Grund zu den folgenden Siegen der deutschen Waffen gelegt hat, aus denen die nationale Einigung hervorging. Ebenso war in der Proklamation an den Reichskanzler der Gedanke des Reiches als eines preussisch-deutschen betont. Überall zeigte sich so die richtige geschichtliche Auffassung, die allein die sichere Gewähr für den Bestand des Reiches abgibt, der ohne Wahrung des festen preussischen Kernes nicht möglich wäre. Daß jeder deutsche Kaiser das wisse, ist von höchster Bedeutung. Kaiser Friedrich wußte es. Die Gesichtspunkte, die er in dem Erlaß an den Reichskanzler aufstellte, im einzelnen wiederzugeben, ist hier nicht der Ort. Nur auf einiges wollen wir noch hinweisen: erstens, daß die Gewinnung überseeischer Besitzungen erwähnt wurde, durch welche der Marine „ernste Pflichten erwachsen sind.“ Die neue Regierung ging also, ganz wider die fortschrittlichen Wünsche, mit demselben Ernst an die kolonialen Aufgaben, wie der verstorbene Kaiser. Bei Erwähnung der Bestrebungen für das wirtschaftliche Gedeihen wurde sodann vor der Erwartung gewarnt, „als ob es möglich sei, durch Eingreifen des Staates allen Übeln der Gesellschaft ein Ende zu machen“; diese Stelle verwerteten die Freisinnigen für ihre Theorie vom Gehenlassen wie es will. Da aber der Kaiser früher nie sich gegen die sozialreformatoryschen Grundsätze

seines Vaters irgendwie abweisend erklärt hatte, so konnten die Worte unmöglich etwas anderes enthalten, als eine verständige Mahnung daran, daß es nur Aufgabe des Staates sein kann, der höchsten Not zu Hilfe zu kommen und die Schwachen und Hilflosen vor dem Untergange zu schützen. Auch wurde ebenso wie als dringend vor den Gefahren der Halbbildung und der Weckung von Lebensansprüchen gewarnt, denen nicht genügt werden kann. Die denkwürdige Urkunde war erlassen an den Fürsten Bismarck, als „den treuen und mutvollen Ratgeber, der den Zielen der Politik Kaiser Wilhelms die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert hat.“

Nach diesen Erlassen stand so viel fest, daß wir in König Friedrich nicht einen englischen Schattenkönig haben würden. Und das wußten auch die Fortschrittler; daher die tollen Sprünge eines Teiles derselben. Kaum waren die Proklamationen erschienen, so erschallten die Unkenrufe. Die Volkszeitung brachte einen Leitartikel über das „Regierungsprogramm.“ Er klang ganz so, als wäre er 1862 geschrieben. Wenn der Kaiser von dem Grundsatz der religiösen Duldung gesprochen hatte, der allen seinen „Untertanen“ zum Schutze gereichen sollte, so meinte das edle „Organ für jedermann,“ es sei hier „Staatsbürger“ der zutreffende Ausdruck gewesen; sachlich aber war ihm das Versprechen selbst gar nichts wert, denn „wenn Bismarck bleibt, so ist es äußerst gleichgiltig, ob 100 000 Stöcker gehen.“ In den sozialpolitischen Sätzen des Erlasses „findet sich nicht irgend ein konkreter Ansat zu einer wirklichen Sozialreform.“ Und warum? Weil das Sozialistengesetz nicht aufgehoben werden soll. Aber das ist ja ganz natürlich; „denn, wo die Hand des Fürsten Bismarck mächtig ist, da ist die Abhilfe für die arbeitenden Klassen fern.“ Und diese Hand ist mächtig gewesen in Leipzig, das zwischen San Remo (Erlaß wegen der Landestrainer) und Charlottenburg (die beiden Proklamationen) liegt. Und damit „geht der neue Pfad, der sich den Blicken des Volkes eröffnete, nicht in die Höhe.“ In der nächsten Nummer meint das „Organ,“ man müsse abwarten. Bald wurde die Probe darauf gemacht, ob das Abwarten etwas helfen würde. Richter machte die Entdeckung, daß die beiden vom Reichstage beschlossenen, aber noch nicht im Reichsanzeiger publizierten Gesetze, das über die Verlängerung der Legislaturperioden des Reichstags und das über die unter Ausschluß der Öffentlichkeit abzuhaltenden Gerichtsverhandlungen, die Eingangsworte trugen: „Wir, Wilhelm“ u. s. w., und sah sofort die Notwendigkeit einer Neubeschließung; er hoffte, daß Kaiser Friedrich seine Unterschrift dann versagen würde. Von dieser prächtigen Theorie, die die Kontinuität der Kaisermwürde aufhob, hielt aber Kaiser Friedrich so wenig, daß er, unbekümmert um das Sammern der Fortschrittspartei, alsbald seine Unterschrift gab und die Gesetze publizieren ließ. Als das geschehen war und als später im preußischen Herrenhause Miquel die Umänderung der Unterschrift für so verständlich erklärte, daß es dazu nicht einmal eines Antrags oder Beschlusses bedürfte, da hielt auch die deutschfreisinnige

Partei es für das beste, ihre so laut verkündigte Theorie fernerhin mit Schweigen zu bedecken und sich zunächst noch weiter aufs Abwarten zu legen.

Denn auf einen Erfolg, den Kaiser für sich in Beschlag zu nehmen, hofften sie unverdrossen. Sie dachten an ein Verlangen des neuen Kaisers nach einer freisinnigen Reichstagsmehrheit, wo der alte Spuk wieder losgehen könnte mit der ultramontan-sozialistisch-welfisch-polnisch-dänisch-französischen Verbrüderung. Aussicht zu solchem Schauspiel hatte der Kaiser in seinen an den preußischen Landtag und an den Reichstag gerichteten Botschaften durchaus nicht gegeben. Besonders die an den Reichstag zeigte, daß es dem deutschfreisinnigen Drängen nicht gelungen war, den Kanzler vom Kaiser zu trennen. Wies sie doch darauf hin, daß Kaiser Wilhelm durch die einmütige Bereitwilligkeit dieses Reichstages zur Stärkung der Wehrkraft des Vaterlandes noch in seinen letzten Lebensjahren gestärkt und erfreut worden sei. Wurde doch diesem Reichstage, der nach fortschrittlicher Anschauung nur ein Angstprodukt des deutschen Volkes war, Dank und Anerkennung vom neuen Kaiser ausgesprochen für seine patriotische Hingebung und im zuversichtlichen Vertrauen auf diese die Zukunft des Reiches in Gottes Hand gelegt.

Von demselben Tage, an welchem die beiden Botschaften ausgingen, war auch der Erlaß, durch welchen der Kaiser kund gab, daß er die Regierung der Reichslande übernommen habe. Der Kaiser war „entschlossen, die Rechte des Reiches über diese deutschen, nach langer Zwischenzeit wiederum mit dem Vaterlande geeinigten Gebiete zu wahren.“ Die dauernde Vereinigung dieser alt-deutschen Gebiete mit dem deutschen Vaterlande wurde kräftig betont. Die englischen Zeitungen, die so gütig waren, der neuen deutschen Kaiserin als einer Tochter Englands die Aufgabe zuzuweisen, eine Versöhnung Frankreichs und Deutschlands durch Verzicht des letztern auf Elsaß-Lothringen zu stande zu bringen, erlebten so den Schmerz, die freundliche Insinuation zurückgewiesen zu sehen. Für eine derartige, schon 1870 zur Genüge kennen gelernte Freundschaft Albions müssen wir eben ein für alle mal danken.

Am 20. März hielt der Reichstag seine letzte Sitzung, und nun fühlte sich der Freisinn selbst freier. Er war die Kontrolle los, die er, wenn auch widerwillig, achten mußte. Und was für Schätze förderte er nun zu Tage! In einem Artikel vom 22. März zeigte die Volkszeitung, daß sie auch Lessings Dramaturgie gelesen habe. Sie sprach von Furcht und Mitleid, die jedes fühlende Herz bewege, sobald es erwäge, was das letzte Jahr den Hohenzollern gebracht hatte, „den Tod Kaiser Wilhelms, die Krankheit Kaiser Friedrichs, die Versammlung beim Grafen Waldersee.“ Diese drei Dinge stellte wirklich der Jüngling der Volkszeitung zusammen und gab seine Kenntnis der Tragödie weiter damit zum Besten, daß er schrieb: „Wir, die keine Götter und keinen Gott mehr kennen, sehen die Tragik in der Verkennung der menschlichen Gebrechlichkeit, welche allen gleichermaßen anhaftet, und welche sich ausgleicht nicht nach dem

strengen Spruche der Gerechtigkeit, sondern nach dem milden Recht der Gnade." Vor solchem unreifen Geschwätz, welches die Tragik in einer Verkennung der menschlichen Gebrechlichkeit sieht, die doch nur eine Voraussetzung des tragischen Schicksals ist, nicht dieses selbst, und welches in seiner Gedankenlosigkeit Thorheiten zu Tage fördert, wie die: „Wir, die wir keinen Gott mehr kennen,“ sollte sich der Freisinn doch sehr hüten; denn jede Partei, die mit zählen will, braucht Männer, die das Leben kennen, nicht Jünglinge, die erst noch etwas Weltweisheit studiren sollten, um zu erkennen, daß der Dogmatismus, der die Nichtexistenz Gottes behauptet, der schlechteste und bornirteste von allen ist. Mit solchem Geschwätz wird man die Gefahren, die die Bestrebungen der Stadtmiffion vielleicht in sich bergen, nicht bannen.

Der Artikel, der, wie man aus dem Gesagten schon erraten kann, eine Mahnung an die Krone zu einer Amnestie war, sagte weiter, daß man schon am neunzigsten Geburtstage Kaiser Wilhelms einen solchen Gnadenakt erwartet habe. Das Ausbleiben hätte einen Schatten auf die Feier geworfen, aber dafür sei Kaiser Wilhelm nicht verantwortlich zu machen gewesen, sondern „die von seinen Beratern vertretene Staatsräson,“ die seinem milden Herzen Zwang angethan habe. Diese Staatsräson habe aber nun „den Stoß ins Herz“ erhalten. Klingt dies nicht gerade, als ob das ultramontane Wiener „Vaterland“ redete? Dann geht es weiter: „Diese Staatsräson hat sich als ein Gespenst erwiesen,“ aber jetzt ist es „in leeren Nebel und Rauch aufgelöst.“ Diese Aufwendung von phrasenhaften Schweifwedeleien, in denen aus jedem Worte die Lücke spricht, sollte, wie gesagt, dazu dienen, die Amnestie zu empfehlen: „An dem heutigen Gedentage (22. März) drängt sich der wehmütige Gedanke an den letzten Schatten auf, den die heute schon als wesenloses Gespenst entlarvte Staatsräson auf die glorreichste und glücklichste Zeit Kaiser Wilhelms geworfen hat.“ Da ist also die Staatsräson nicht mehr in Rauch aufgelöst, sondern entlarvt! Und alles das, um zum Schlusse zu kommen: „In keiner bessern Hand kann das Recht der Gnade aufbewahrt sein, als in der Hand Kaiser Friedrichs.“ Das wußten wir andern auch, und zwar ohne den Hinweis auf die schattenwerfende, in Rauch aufgelöste, entlarvte Staatsräson. Man sieht aber aus dem Artikel, und deshalb haben wir das schöne Machwerk etwas ausführlicher gezeichnet, was den Herren vom Fortschritt in den Gliedern lag. Das „Fort mit Bismarck!“ ging jetzt vor der Hand noch nicht; darum mußte die Sache an einem andern Ende angefaßt werden, und so rief man: Fort mit der Staatsräson! Das lautete anders und kam doch auf dasselbe hinaus. Später konnten dann die dreisteren Worte folgen, wie es denn auch geschah nach dem Austritt Puttkamers aus dem Ministerium. Da erklärte, nicht zufrieden mit diesem Austritt, dieselbe Volkszeitung, daß der große Tag der Freude für das Volk (der, an welchem das Sozialistengesetz zerbrochen werden würde) nicht eher anbrechen könne, „als bis der Stern des Fürsten Bismarck für immer untergegangen“ sei.

Ein Gnadenerlaß vom 31. März brachte die erwartete Amnestie in einem Umfange, der den Bestand der staatlichen Ordnung nicht gefährdete. Verurteilte, deren Amnestirung den Bestand des Staates gefährden würde, wurden in den Gnadenerlaß nicht eingeschlossen, also zunächst nicht die, welche in den Sozialistenprozessen verurteilt worden sind. Das deutsche Volk billigte das bis auf die tapfern Fortschrittshelden durchaus; eine Begnadigung jener Leute würde zuerst von den Agitatoren selbst als Anerkennung der Berechtigung ihrer Bestrebungen ausgenutzt worden sein. Wurde doch aus dem sozialistischen Lager in London berichtet, daß die aus Deutschland ausgewiesenen Agitatoren mit fieberhafter Ungeduld auf die Rückkehr in die Heimat warteten, wo jedem Einzelnen schon wieder seine spezielle Aufgabe zugeteilt war. Nicht getroffen von der Amnestie wurden ferner sämtliche Verbrecher wegen Landes- und Hochverrat. Auch das geschah mit Billigung des deutschen Volkes; für Meuchelmord und Verschwörung mit dem Auslande soll es keine Milde geben. Wie diese Ausnahmen aber beurteilt wurden von den Freisinnigen, die mit jüdischer Aufdringlichkeit und byzantinischer Schmeichelei den Kaiser und vornehmlich die Kaiserin von Tag mehr umtanzten, ergibt sich aus einem Artikel der Volkszeitung, „Die Amnestie“ überschrieben. Nachdem sie es als ein günstiges Vorzeichen für die Regierung Kaiser Friedrichs genommen hat, „daß ihm die Gnade wie ein holder Engel des Lichts vorausschwebt,“ will sie den Dank gegen Kaiser Friedrich nicht um ein Atom dadurch gemindert sehen, daß die Vergehen gegen das Sozialistengesetz nicht in den Gnadenerlaß hereingezogen worden seien. „Die Thatsache erklärt sich vielmehr daraus, daß die Amnestie nicht nur von Kaiser Friedrich, sondern auch von sämtlichen preußischen Ministern unterzeichnet ist. Die Namen Bismarck und Puttkamer enthalten die erschöpfende Antwort auf die Frage, weshalb die sozialdemokratische Partei als solche von der Amnestie ausgeschlossen ist.“ Die Volkszeitung befindet sich natürlich in dem Falle, sich „mit den Schranken, welche durch das Staatsministerium dem Walten der königlichen Gnade gezogen worden sind,“ nicht einverstanden erklären zu können. So war denn Kaiser Friedrich auf einmal wieder eine Null geworden, indem er sich von seinen Ministern vorschreiben ließ, wem und wie weit seine Gnade leuchten sollte.

Am schwachsinngigsten und heuchlerischsten benahmen sich aber die deutschfreisinnigen Patrioten in der Battenberger Verlobungsgeschichte. Da sollte es sich nicht ziemen, den zartesten Empfindungen des Fürstenhauses näher zu treten. Wenn Fürst Bismarck 2 1/2 Stunden lang mit Kaiser und Kaiserin über die Tragweite dieser Heirat verhandelt hat, so wird er wohl auch für die Entsagung, die er hier von der kaiserlichen Mutter und Tochter verlangte, das als einen Hauptgrund geltend gemacht haben, daß, wenn den zarten Empfindungen von Großmutter, Mutter und Tochter in diesem Falle nachgegeben werden sollte, dann möglicherweise hunderttausende von deutschen Müttern, Frauen und Bräuten ihre Söhne, Männer und Verlobten hergeben müßten. Das hätten doch die schwach-

köpfigen freisinnigen Schmeichler bedenken sollen, ehe sie um der Unterstützung ihrer Herrschgellüste willen eine Politik begünstigten, die wohl in Albion Sympathie erwecken mußte, wo man bereits den Battenberger als „nahen Verwandten des deutschen Kaiserhauses“ wieder auf dem Bulgarenthrone sah, die aber für Deutschland, wo eben erst der sterbende Kaiser seinem Enkel geraten hatte, die Gefühle des Zaren zu schonen, ein Jammer gewesen wäre. In solcher Schonung sahen dieselben Leute, die nie etwas Angelegentlicheres zu thun gehabt haben, als dem Kaiser Wilhelm und seinen treuen Beratern das Leben zu verbittern, weiter nichts als „Furcht vor Väterchen,“ und diese Furcht schrieben die, die wie die Kammerdiener jedem leisen Wunsche ihrer Herrschaft mit Sprüngen entgegenkamen, dem Fürsten Bismarck zu! Mit welcher Dreistigkeit wurden da die Dinge verdreht! Nicht die, gegen welche Bismarck die Wohlfahrt und Selbstständigkeit des deutschen Reiches zu schützen hatte, ließen sich Rücksichtslosigkeit gegen den leidenden Kaiser zu Schulden kommen, sondern „der Kanzler hat ohne Rücksicht auf den leidenden Kaiser wieder einmal seinen Willen durchgesetzt.“

Auch hier fanden sich Freisinnige und Papisten in ihrem Haß gegen Bismarck sofort zusammen. Freisinnige Zeitung, Börsenkourier, Volkszeitung und Germania bezeichneten in rührendem Einklange das Eintreten des Kanzlers für die Politik, die Deutschland seit siebenundzwanzig Jahren groß gemacht hat, als „Boulangismus“; auf der einen Seite stand der Kanzler und arbeitete am Sturze der Hohenzollern als „Hausmaier,“ auf der andern Seite standen Windthorst und Richter und schützten den Kaiser in der Rolle des treuen Eckart. Es war ein schönes Bild, als Ehren-Richter und die Perle in einer Foyerecke des Abgeordnetenhauses ihre stille Besprechung hielten — worüber, das konnte man sich wohl denken. Es war dasselbe Thema, das die Fortschrittsblätter, wie die Berliner Zeitung, an jenem Tage behandelten: „Die geschmähten Demokraten, der verlästerte Freisinn, sie haben heute die Aufgabe, den Kaiser zu schützen gegen das Treiben der Byzantiner-Gesellschaft. Nie hat sich die große, staats-erhaltende Kraft des Liberalismus besser gezeigt als in diesen Tagen; die »nationale« Revolution beginnt ihr Haupt zu erheben, die Revolution für den Kanzler gegen den Kaiser.“ Und dieses Tollhäuslertreiben konnte stattfinden, nachdem Kaiser Wilhelm kaum vier Wochen von uns gegangen war. Dabei griffen diese Heuchler zu jedem Mittel, die persönliche Ehre der erprobtesten Patrioten zu beschmutzen. So wurde Professor Wiedermann in zweideutigen Worten an den Pranger gestellt, als einer, „der noch unlängst eine Privatunterstützung in erheblichem Betrage auf Anweisung des Reichskanzlers“ empfangen habe. Und wie die Freisinnige und die Berliner Zeitung, so die andern Fortschrittsblätter. Schrieb doch das Deutsche Reichsblatt: „Eckart euch um unser Kaiserpaar! Denn dasselbe ist heute mit großen Gefahren bedroht. Diejenigen, welche sich sonst als von Gottes und Rechts wegen bestellte Hüter der Krone aufzuspielen suchen, sind es heute, welche die Rechte des Herrscherhauses

zu zerstören und zu untergraben trachten. Vielleicht heißt bald, die Treue gegen das Reich und unser Kaiserhaus zu zeigen nicht durch billige Worte, sondern durch die That.“

Die Verlobung wurde zurückgestellt. Wer hätte auch in die Bresche einspringen sollen, wenn Bismarcks Platz leer wurde! So fand das tieftraurige Schauspiel, das vor unsern Blicken gleich nach dem Tode des Kaisers zur Freude unsrer Feinde aufgeführt wurde, doch noch ein gutes Ende. Daß die Deutschfreisinnigen inniges Vergnügen daran fanden, eine Politik zu unterstützen, die schweres Unheil stiften mußte, wenn nicht der Kanzler die Dynastie davor geschützt hätte, das wird ihnen aber unvergessen bleiben. In welche Lage hätte diese zu einer Hofdamen ganz geeignete Sippschaft, der jeder Diplomat, gleichviel welcher Qualität, zur Nachfolge Bismarcks recht gewesen wäre, das Vaterland versehen können, wenn nicht der große Kanzler auch in diesen trübsten Zeiten Wache gestanden hätte! Was alles fünf Wochen nach dem Tode Kaiser Wilhelms möglich war, das verrieten die Absichten der Dänen in Nordschleswig, eine Damen-Deputation wegen Abtretung von Nordschleswig an Dänemark zur Kaiserin Viktoria zu senden. Warum auch nicht? Hatten die englischen Zeitungen eine Beilegung des Zwistes zwischen Frankreich und Deutschland durch die Abtretung von Elsaß-Lothringen, vermittelt durch die Kaiserin, gehofft, hatten die Polinnen in französischer Sprache die Wünsche Polens ihr aus Herz legen dürfen, warum sollte den nordschleswigschen Dänen verwehrt sein, ihre Wünsche, die bei England immer so großen Anklang gefunden haben, einer Tochter Englands nahe zu legen? Selbst die Welfen fingen an, an die Anwesenheit der englischen Königin in Charlottenburg Hoffnungen für ihren Cumberland zu knüpfen. Wie stark diese Hoffnungen auf die Wiederherstellung des Königreichs Hannover gewesen sind, ersah man später aus Windthorst'schen Blättern; die Niedersächsische Zeitung schrieb in einem Leitartikel über Kaiser Friedrich: „Unsre Hoffnung auf eine wahrhaft kaiserliche That hat sich nicht erfüllt“; denn Kaiser Friedrich ist abgerufen worden, „noch bevor er gut zu machen vermochte, was er nie gebilligt.“ Daß Windthorst in seinen Bestrebungen von der freisinnigen Kamarilla unterstützt worden wäre, dafür war gesorgt. Und all dies Treiben im Angesichte des Kampfes, den der arme Dulder gegen die tückische, furchtbare Krankheit führte! Als aber die Battenberggeschichte aus war, da wollten auf einmal die Freisinnigen der „Krisis mit Unparteilichkeit gegenüber gestanden“ haben. Ja Munkel meinte damals in einer fortschrittlichen Versammlung, Bismarck wäre wohl auf einige Jahre noch unentbehrlich. Aber freilich, bereit sein ist alles, und so erklärte Ehren-Richter ungefähr zu gleicher Zeit in seinem Blatte, mit den Ansichten des Kaisers, wie sie in seinen Erlassen niedergelegt seien, verträge es sich, auch freisinnig zu regieren; es komme alles auf die Wahlen an. Zuletzt aber wurde noch die herrlichste Gaukelei aufgeführt damit, daß die Theresitesgenossen die Mähr verbreiteten, die Kanzlerkrisis sei erfunden gewesen.

Burden von dem Fortschritt auf der einen Seite mit den jämmerlichsten Liebesdiensten allerlei Interessen, nur nicht die des deutschen Volkes gepflegt, so steigerte sich nach der andern Seite die Wut gegen die deutsche Regierung bis zur offenen Teilnahme an den Bestrebungen des wildesten Anarchismus. Der Schweizer Bundesrat hatte die Leiter des Sozialdemokraten, Bernstein, Motteler, Tauscher, Schlüter, ausgewiesen. Darüber brachte die Volkszeitung einen Artikel der gemeinsten Art; weil der Berner Bundesrat die Ausweisung auch damit begründete, daß die Sprache des Sozialdemokraten, heftig und oft beleidigend, die deutschen Behörden aufs tiefste verstimme, so wurde er, wie die deutsche Regierung selbst, mit Hohn überschüttet: „man“ ist groß, und ich bin klein, das würde wohl auch, so sagte das Organ für jedermann, der wahre Grund des Bundesrats gewesen sein. Aber „man“ wird sehr bald erfahren, daß „man“ den Sozialdemokraten nicht getötet hat und auch nicht töten kann, indem „man“ heldenhafter Weise einige seiner Angestellten um ihre Existenz bringt. Daß Tausende durch diesen Sozialdemokraten schon um ihre Existenz gebracht worden sind, und er den besten Willen hatte, noch einige andre Tausende um ihre Existenz zu bringen, dafür hat natürlich dieses „Organ“ kein Wörtchen.

Mit welchen Mitteln die Freisinnigen arbeiten und welchen Charakter sie in Wirklichkeit tragen, das trat einmal wieder recht deutlich bei einer Wahl, bei der Stichwahl zu Altena-Herlorn, zu Tage. Was die Demokraten immer leugneten, was sie nie heuchlerischer und feiger leugneten, als unter dem neuen Regiment, ihr Republikanertum, das wurde hier offenbart, als der Abgeordnete Benzmann den deutschfreisinnigen Kandidaten Langerhans damit empfahl, daß er „ein entschiedener Republikaner“ sei. Daran ist auch gar nicht zu zweifeln, und so hinkte Herr Langerhans auf einer ultramontanen und einer demokratischen Krücke in den Reichstag hinein. Bei all dem Republikanertum aber, in dessen Bewußtsein sich die starken Seelen ihres Männerstolzes vor Königsthronen stets rühmten, brachen sie doch in stürmischen Jubel aus, wenn einmal einer der Ihrigen von einem Strahle der Gnaden Sonne getroffen wurde, wie das in einer deutschfreisinnigen Versammlung geschah, als mitgeteilt wurde, daß von Forckenbeck den Stern zum roten Adlerorden bekommen habe. Wenn aber so die Dekorierung eines der Ihrigen die Gesellschaft zu frenetischem Jubelsturm begeisterte, so versuchten sie dagegen den guten Namen eines Mannes zu begehren, dem wider ihren Wunsch die kaiserliche Huld zu Teil geworden war; über Gneist fiel die Freisinnige und die Volkszeitung mit bissiger Köterwut her. Die eine sah nun „die jungen Herren Söhne von Gneist auf Landrat studiren,“ wobei sie übrigens nichts andres thun würden, als was ein gewisser Regierungsassessor a. D. einst auch, nur ohne den gewünschten Erfolg, gethan hat, die andre widmete der Nobilitierung Gneists einen ganzen Artikel, worin Herr von Gneist „sich im Glanze seines neugebackenen Adels aufspreizt und an der Spitze der Kartellbrüder als Tambourmajor marschirt“; er ist „der

ausgeprägte Typus aller Charakterlosigkeit unsrer Zeit," der meinen mochte, daß „das Tüpfelchen über dem i ihm fehlen würde, wenn aus einem Gneist nicht noch ein von Gneist würde.“ Damit aber diese katzenbuckelnden Demokraten eine solche Kritik mit ihrer Liebedienerei vereinbaren könnten, schickte die Volkszeitung ihrem Gebläse die unwahre Bemerkung in Bezug auf Standeserhöhungen voraus, daß das Ministerium eine Reihe bezüglichlicher Vorschläge mache und der Monarch sie genehmige. Dann ging ja die Standeserhöhung Gneists eigentlich nicht vom Kaiser, sondern vom Ministerium aus. Unwahr ist die Bemerkung, weil in Preußen Nobilitirungen immer dem persönlichen Wohlwollen des Landesherrn Ausdruck verleihen.

Es ist merkwürdig, wie ausgezeichnet nach diesem Charakter der Verlogenheit hin Herr Mackenzie zu dieser Partei paßte. Wir wollen Herrn Mackenzie, der genug gezeichnet ist, hier nur nach dieser Seite hin mit etlichen Worten zeichnen. Zu solcher Zeichnung mag das Schreiben dienen, welches der Herr im British Medical Journal aus Charlottenburg vom 8. Mai veröffentlichte und worin er erklärte, er habe „niemals an die Presse irgend welche Informationen gegeben, ausgenommen solche, die ausdrücklich gestattet waren behufs Widerlegung falscher und übertriebener Gerüchte.“ Nun sind aber, wie die Kölnische Zeitung zeigte, während des ganzen Aufenthaltes des damaligen Kronprinzen im Auslande ununterbrochen falsche, zweideutige und reklamenhafte Berichte unter ausdrücklicher Berufung auf Herrn Mackenzie, auf dessen Sohn und auf Personen, die mit diesem in Verbindung standen, verbreitet worden. In Villa Zirio war eine ganze Preßkompagnie eingezogen, wie später in Charlottenburg. Warum ist denn Herr Mackenzie schon damals nicht dem Mißbrauch seines Namens entgegengetreten, als deutschfreisinnige, englische und französische Reporter, wie der famose Bonneton, sich auf ihn beriefen? Wo sitzt hier die Verlogenheit und der Schwindel? Schon der Times-Korrespondent, Mr. Lowe, sagte seinem Landsmanne in seinem Schreiben vom 10. Mai, was von seiner Wahrheitsliebe zu halten war, wenn er berichtete, daß Sir Morell, von ihm wegen absichtlich verdunkelter Nachrichten interpellirt, sich damit entschuldigte: „Mir war es nicht erlaubt, Ihnen diese Mitteilung [von der wahren Natur der Krankheit] eher zu machen.“ Und mit welcher Schamlosigkeit sich Herr Mackenzie auf seinen Vorteil verstand, das konnte man aus der in seinem Namen an Mr. Howe gestellten Bitte um „künftige Unterstützung“ sich zusammen reimen. Das war der Mann, der sich für den Kaiser „opferte.“ Nachdem jetzt bekannt geworden ist, wie Herr Mackenzie die Behandlung des kranken Kronprinzen und Kaisers nach politischen und andern Rücksichten geübt hat, wollen wir über den englischen Herrn kein Wort weiter sagen, als was die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sagt: „Wir wissen nun, daß ein unbedeutender englischer Arzt von radikal politischer Gesinnung es sich herausgenommen hat, den geheimen Rabinetsrat zu spielen und bestimmend in die Geschicke der deutschen Nation eingreifen zu wollen.“

Seit beinahe drei Monaten hatte das fortschrittliche Parlamentsstrebentum alles mögliche an Lüge und Verdrehung geleistet, um die Leitung der vaterländischen Geschicke in die Hände eines Richter, Hänel, Rickert, Bamberger zu bringen; an Liebedienerei hatten sie es nicht fehlen lassen. So stellte Herr Rickert sich als den getreuen Eckart der Krone hin, die er gegen den „Hausmeier“ verteidigen zu müssen glaubte, und verkündigte laut: „Wir können uns denken, daß die Krone etwas andres will, als der jeweilige Minister, und dann müssen wir die Interessen der Krone wahrnehmen.“ Was das für eine Krone war, verriet freilich Herr Rickert nur zu deutlich, wenn er an demselben Tage sagte: „Der zahlende Wähler ist der eigentliche Träger der Staatsgewalt.“

Man sieht, wie wahr es ist, daß die Lüge auch das logische Denken verdirbt. Wie korrumpirt das politische Denken dieser fortschrittlichen Herren ist, zeigte der Fall Tschow. Dieser gab der Volkszeitung in mehreren Artikeln Veranlassung, in dem „Militarismus“ wieder einmal den „Moloch“ zu sehen, der alles Glück des Landes verschlingt. Daß die Volkszeitung für ihre Bilder auf die Sprache Kanaans zurückgreift, ist nur natürlich, und daß sie die Geschichte sich zurecht macht nach der Weise der Geschichtschreiber Kanaans, ist auch natürlich. So schrieb sie denn: „Die bedrohte Disziplin des Heeres hat nicht gehindert, daß der Hauptmann von Nagmer, der gegen diese Disziplin sich noch schwerer veründigt hatte als Tschow, bereits nach einigen Monaten begnadigt wurde.“ Der Hauptmann von Nagmer war Kommandant des Zeughauses bei dem Sturme desselben 1848 gewesen und war durch die gefälschte Darstellung des Premierleutnants Tschow über die Vorgänge und den Willen des Königs so berichtet worden, daß er sich für berechtigt hielt, das Zeughaus der Masse zu übergeben. Nagmer hatte darin gefehlt, daß er den Worten Tschows vertraut und sich den königlichen Befehl nicht schriftlich hatte übergeben lassen. Das war also „die schwerere Veründigung“ Nagmers gegen die Disziplin im Vergleich mit Tschow. Nagmer machte sodann den Feldzug gegen die Aufständischen in Baden als gemeiner Soldat mit, wobei er den Tod suchte, um von dem guten Namen seiner Familie den Flecken wieder abzuwaschen. Das nennt die Volkszeitung „Begnadigung.“ So suchte man teils mit Liebedienerei, teils mit Lügen dem Herrscher nahe zu kommen und seinen Willen zu beeinflussen.

Aber alle diese Künste waren doch bis jetzt, wenigstens in entscheidenden Dingen, ohne Erfolg gewesen. Nunmehr schien dieser endlich zu winken. Die Veröffentlichung des Gesetzes über die fünfjährige Dauer der preußischen Abgeordnetenmandate war vom König einstweilen ausgesetzt worden. Schließlich war aber das Gesetz mit der königlichen Unterschrift vollzogen und an den Minister von Puttkamer mit einem Schreiben gesandt worden, das die Freiheit der Wahlen verlangte. Es kam nun dem Minister darauf an, daß er vor der Publikation des Gesetzes den König überzeugte, daß die Freiheit der Wahlen

von ganz anderer Seite gefährdet war, als von Seiten der Regierung, und daß die Thatfachen keinen hinreichenden Anlaß geboten hatten zu dem schändlichen Lärm der freisinnigen Redner am letzten Tage der Session des Abgeordnetenhauses, wo Herr Richter von Bismarck als einem Staatsverräter gesprochen hatte; dem Kaiser hat er dann die Äußerung vom „treffenden Worte zu rechter Zeit“ zugeschoben. Gelang Puttkamer der Nachweis nicht, so mußte man auf seinen Rücktritt gefaßt sein, und was sich daran weiter anschließen würde, das ließ sich noch gar nicht übersehen. Für jetzt verlautete nur, daß der allerhöchsten Genehmigung des Gesetzes später ein Erlaß eines die Wahlfreiheit sichernden Aktes folgen solle. Etwas Angenehmeres hätte nun dem Freisinn und den Ultramontanen gar nicht begegnen können, als die Veröffentlichung eines kaiserlichen Erlasses für Freiheit der Wahlen, über die doch bisher und wieder im letzten Abgeordnetenhause von allen Parteien gewacht worden war. Erfolgte ein solcher Erlaß, so konnten Herr Richter und seine schwarzen und roten Kumpane dem Kaiser in derselben Stellung zeigen, die sie so heuchlerisch bisher angenommen hatten, wenn sie den letzten Reichstag, der uns vor dem schwersten Unheil bewahrt hat, als ein Angstprodukt des mißleiteten Volkes darstellten. Auch mußte ein solcher Erlaß ganz von selbst die Folge haben, daß während der Wahlzeit das Kommando der Herren Richter und Windthorst an die Stelle der Regierung trat. Und damit wäre ja den wackern Patrioten geholfen gewesen.

So war denn wieder eine neue Krisis im Anzuge, die der Kompagnie der deutschfreisinnigen Streber heraufzubeschwören glücklich gelungen war. Schließlich schien sie damit beigelegt, daß der Staatsanzeiger amtlich das die Verlängerung der Legislaturperiode des preussischen Abgeordnetenhauses betreffende Gesetz veröffentlichte. Ein Wahlerlaß, der sich gegen Puttkamer gewendet hätte, erschien nicht. Man durfte darum wohl annehmen, daß es dem Minister gelungen sei, durch seine schriftliche Darlegung seine bisherigen Verwaltungsgrundsätze als im Einklang mit dem kaiserlichen Erlaß vom 4. Januar 1882 stehend nachzuweisen. Da gelangte aber tags darauf ein neues Schreiben des Kaisers bezüglich der Wahlen, unerwartet für alle Beteiligten, an Puttkamer, und nun war es wohl keine Frage, daß der Minister persona ingrata war. Dies allein hat seinen Sturz bewirkt. Als die Entlassung genehmigt war, zeigte es sich, daß dem Freisinn der ganze Lärm gegen Puttkamer nur soweit von wirklichem Belang war, als er damit Bismarck treffen konnte. Sie nannten Puttkamer und meinten Bismarck. Die Volkszeitung sagte das ganz deutlich in ihrem Artikel über „Freiheit der Wahlen“: „Gesezt den günstigsten Fall, es käme an die Stelle des Herrn von Puttkamer ein Minister des Innern, der diesen oder jenen Auswuchs beseitigte oder milderte, so wären derartige »Verbesserungen,« die, so lange Fürst Bismarck am Ruder bleibt, äußerst geringfügig sein könnten, eher schädlich als nützlich.“ Was war das wiederum anders als

das alte: Fort mit Bismarck! das man eben nicht so schlechtweg rufen darf, jetzt wie ehemals, weil man damit selbst die gänzlich Unwissenden vor den Kopf stößt. Es muß feiner operirt werden. Vor allen Dingen brauchte man eine fortschrittliche Majorität, zu der es nur kommen konnte, wenn man Herrn von Puttkamer als Angriffsziel nahm. Man rechnete so, daß, wenn es gelänge, ihn zu beseitigen, schon jetzt die freisinnige Mythe Glauben finden mußte, daß auch der Kaiser die vollendete Wahlniederlage des Freisinn als ein Werk amtlicher Beeinflussung der Wahlen ansähe. Und damit glaubte man den Sieg schon in den Händen zu haben, umso mehr, als man Wege gefunden hatte, nicht bis zum Kaiser selbst, aber bis in seine Nähe zu kommen. Dieselbe Quelle, aus der schon in San Remo die Preßpiraten ihre Nachrichten gezogen hatten, schien jetzt noch reichlicher zu fließen. Eugen Richter war in der letzten Zeit immer prompt in den Stand gesetzt, über gewisse Vorgänge bei Hofe schnell berichten zu können. Von allen übrigen Zeitungen schrieb er zuerst in seinem Blatte (9. Juni): „Der Angriff der freisinnigen Partei auf das System Puttkamer in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses ist von dem erhofften Erfolge gekrönt worden. Das treffende Wort zur rechten Zeit hat seine Wirkung nicht verfehlt.“ Er berichtete zuerst, daß durch ein zweites eigenhändiges Schreiben des Kaisers dem Herrn von Puttkamer kund gegeben worden sei, daß dessen Rechtfertigungsschrift für nicht genügend befunden worden sei, worauf Puttkamer seine Entlassung eingereicht habe, „deren Gewährung außer aller Frage“ stehe. Einen Teil ihres vielerstrebten Zieles schien also die freisinnige Kamarilla in der That erreicht zu haben. In der Dresdner fortschrittlichen Versammlung am Sonntage vor des Kaisers Tode, in welcher unter den sechshundert Teilnehmern etwa ein Drittel Sozialdemokraten und ein Drittel Neugierige waren, ließen denn auch schon Alexander Meyer und Munkel den Gedanken hervorschimmern, daß sie, die Freisinnigen, bald an die Reihe kämen. Und nach Ihnen wir! klang es schrill aus der Sozialistentruppe, der freisinnigen Herrlichkeit nur kurze Dauer verheißend.

Lange sollte diese Herrlichkeit nun allerdings nicht sein; nicht etwa wegen sozialdemokratischer Nachfolge, auch nicht deshalb, weil der Tod Kaiser Friedrichs den Freisinnigen die Hoffnung genommen hätte, wie sie flunkern, sondern weil Kaiser Friedrich selbst noch seine klare Willensmeinung, wie er regiert zu sehen wünsche, dadurch kund gab, daß er zwei Tage vor seinem Heimgange den Ministerpräsidenten beauftragte, mit dem Grafen Jedditz in Verbindung zu treten wegen Übernahme des Ministeriums des Innern. Dieser letzte Regierungsakt des Kaisers war die deutlichste Sprache, wodurch der Deutschfreisinn den Abschied erhielt. Berufen sich die Freisinnigen für ihrem Bestrebungen auch noch nach solchem Abschiede auf Kaiser Friedrich, so ist das der gewohnte fortschrittliche Schwindel.

Eines aber wollen wir nicht vergessen, das ist der Dank, den wir dem Reichskanzler dafür schulden, daß er sich in der trübsten Zeit nicht hat hinweg-

ärgeren lassen von denen, deren angelegentlichstes Geschäft es immer gewesen ist, an dem Sturze des großen Mannes zu arbeiten. Jetzt war er für uns unus, qui nobis cunctando restituit rem.



Die Kriegsmacht des Friedensbundes und die seiner Gegner.

1.



ie diplomatische Kunst des Fürsten Bismarck hat es länger als anderthalb Jahrzehnte zu verhüten verstanden, daß der Krieg um den Bestand des 1871 aufgerichteten neuen deutschen Reiches, der immer eine Möglichkeit, oft eine Wahrscheinlichkeit war und zuweilen schon im Osten oder im Westen am Gesichtskreise aufsteigen wollte, zum Ausbruche kam, und wir hoffen jetzt mehr als je zuvor, daß diese Kunst den Krieg noch lange fern zu halten imstande sein wird. Dennoch verläßt uns niemals die Empfindung, daß unsre Hoffnung auch täuschen kann; denn diese Kunst bleibt, so weitblickend und so erfindungsreich sie auch ist, doch immer eine menschliche Kunst, die weder allwissend noch allmächtig ist. Nur eins wissen wir mit voller Sicherheit, daß wir es nicht sein werden, wenn der Friede einmal gestört wird; denn wir haben jetzt reichlich, was wir brauchen und mit Recht beanspruchen konnten, und wir sind kein Volk, das mehr will, als es bedarf, und kein Volk, das um des bloßen Ruhmes willen zu den Waffen zu greifen gewohnt ist. Wir haben in entscheidender Zeit viel Glück gehabt, vor allem das Glück einer genialen Führung, der große Dinge mit rechter Verwendung der tüchtigen Eigenschaften der Nation gelungen sind, und doch blieb unsern Führern, sowie der verständigen Mehrzahl der Geführten die Hybris, die Überhebung fremd, welche die ärgste Feindin der Glückskinder, der Siegreichen, der aus Armut zu Reichtum, aus Erniedrigung zu hoher Stellung und Macht gelangten ist. Wir dürfen uns rühmen, den Neid der Götter nicht erweckt zu haben. Aber den Neid der Menschen hat unsre Bescheidenheit und Genügsamkeit nach den uns gewordenen Erfolgen nicht zu beschwichtigen vermocht, und zu dem Neide böser Nachbarn gesellt sich bitterer Haß, weil unsre neue Größe und Stärke ihnen als Damm gegen ihr Streben nach Vergrößerung ihres Besitzes und Einflusses, als mächtiges Hindernis für die weitere Verwirklichung von Wünschen erscheint, die ihnen zur zweiten Natur geworden sind. Wir mußten uns die Vogesengrenze und Meß mit Umgebung erobern,